

48. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.12.2023

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

Gegenstand: Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern

Anregungen, Wünsche oder Vorschläge von Bürgerinnen und Bürgern liegen nicht vor.

Gegenstand: Haushalte 2024 der Stadt Speyer, der Bürgerhospitalstiftung und der Waisenhausstiftung; Haushaltsreden der Fraktionen und Gruppierungen - Beschlussfassung

Haushaltsrede SPD-Stadtratsfraktion – Philipp Brandenburger

Herr Brandenburger thematisiert die Krisen in der Welt, den Krieg in der Nachbarschaft und deren Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte. Die Finanzen bleiben angespannt, auch wenn der Haushalt 2024 ausgeglichen ist und Raum für Investitionen lässt.

Der angespannte Wohnungsmarkt und bezahlbare Wohnungen bleiben ein Hauptthema in Speyer. Im ÖPNV fordert die SPD Nachbesserungen in der Kommunikation über das neue Linienbündel.

Sorgen bereitet auch der Innenstadthandel sowie die Zukunft des Kaufhofs. Weiteres Anliegen sind die Radinfrastruktur und die Radverkehrswege. Die SPD äußert erneut die bekannte Kritik am S-Bahn-Halt Süd, der absolut nicht zur Haushaltslage der Stadt passt.

Gelobt wird im Bereich Bildung die flächendeckende IT-Aufrüstung an den Schulen, allerdings schon mit dem Hinweis, erforderlichen Ersatz der Hard- und Software vorzumerken. Gefordert wird ferner die Beteiligung der Nachbarkreise an den Gebäudekosten für die weiterbildenden Schulen, genauso an der Schülerbeförderung

Weitere Themen sind der Sozialbereich, die Zukunft des Stiftungskrankenhauses, die Sportstadt Speyer, die Kulturförderung und der Fortgang der Digitalisierung; hier wird Kritik an der zuständigen Beigeordneten wegen fehlender Konzepte geübt.

Angekündigt wird weiterhin ein Antrag für ein Café am Friedhof, das evtl. als weiterer Inklusionsbetrieb geführt werden könnte und für einen Memoriam-Garten für konfessionell Ungebundene. Auch hier wird die Planung der zuständigen Beigeordneten vermisst.

Abschließend werden die Wählerinnen und Wähler zur Teilnahme an der Kommunalwahl 2024 aufgerufen, um die Demokratie zu stärken, die von anderen Kräften, auch hier im Haus, von innen heraus ausgehöhlt wird.

Die SPD wird dem Haushalt 2024 mit Ausnahme der bekannten Ansätze für den Verkehrslandeplatz und den S-Bahn-Haltepunkt Süd zustimmen.

Haushaltsrede CDU-Stadtratsfraktion – Johannes Kabs

Auch nach Ansicht von Herrn Kabs ist weltweit Einiges aus den Fugen geraten, was auch Auswirkungen auf den Mikrokosmos Speyer hat. Gelobt wird der soziale Zusammenhalt in der Stadt Speyer mit seinem Engagement im ehrenamtlichen Bereich. Man stehe zur Unterbringung Schutzsuchender, müsse aber auch die Belastungsgrenzen erkennen.

Die CDU kündigt einen Antrag zur dauerhaften Einrichtung der Gemeindeschwestern plus an.

Wohnungsbau und Wohnraum sind ein weiterer Schwerpunkt. Das Bündnis für Sozialen Wohnraum verschwindet langsam in der Versenkung. Die CDU fordert ein Wiederaufleben, da es derzeit wichtiger denn je ist. Leider sind Stadtentwicklung und Bauen mit Versiegelung verbunden; er beklagt eine Blockadehaltung von Teilen des Rates und fordert, einen Mittelweg zwischen sozialen und ökologischen Aspekten zu suchen. Auch die Umsetzung der Klimastrategie darf man nicht auf eine Verbotsbasis stellen, dies sei der falsche Ansatz.

Unterstützt wird die Initiative der Verwaltung auf mögliche Rechtsmittel bei der Umgestaltung der Hauptstraße gegenüber den Rechtsnachfolgern früherer Planer. Auch bei PV-Anlagen und Denkmalschutz muss nachgesteuert werden, der Denkmalschutz darf nicht automatisch Vorrang haben.

Außerdem werden ein PV-Kataster und eine PV-Initiative für städtische Gebäude gefordert. Das bereits große Fernwärmenetz der SWS wird als große Chance für die kommunale Wärmeplanung gesehen. Weitere Themen sind Tierschutz und -gesundheit sowie die Gesundheit der Menschen. Der städtische Gesundheitsmanager wird endlich Realität. Die CDU fordert zusätzliche Wasserspender im Stadtgebiet und nach wie vor eine Außenstelle des Gesundheitsamtes, die in der Verantwortung der SPD-Landesregierung gestrichen wurde.

Auf dem Verkehrssektor dürfen die verschiedenen Fortbewegungsmittel nicht gegeneinander ausgespielt werden, weshalb eine einseitige Verknappung und Verteuerung von Verkehrsmitteln abgelehnt wird. Außerdem werden Nachbesserungen im ÖPNV notwendig; da es keine Fördermittel des Bundes gibt, werden auch keine E-Busse finanziert. Man ist für eine Beruhigung von Gilgenstraße/Postplatz, ist aber über die Wege dahin uneinig. Jedenfalls wird eine Übernahme der Straßenbaulast von Landesstraßen dafür abgelehnt, verbunden mit der Forderung, den Verkehrslärmschutz an der Schützenstraße endlich umzusetzen.

Speyer ist eine Stadt des Mittelstandes. Deshalb muss die Wirtschaftsförderung ausgebaut werden, nicht nur personell, und wieder mehr Chefsache werden. Die CDU fordert ein jährliches Mittelstandsforum.

Außerdem muss sich die Verwaltung gegen überbordende Lärmschutzforderungen zur Wehr setzen. Es wird ein klarer Kurs zur Musikkultur und der Kulturförderung allgemein gefordert, auch gegen Widerstände einzelner. Neben der Hl. Geist-Kirche muss die Kirche St. Ludwig ein lebendiger kultureller Treffpunkt werden, kein Bestattungsort. Der Eigentümerin sollte die Stadt die Hand reichen.

Die Stellenentwicklung wird auch weiterhin kritisch beobachtet, man trägt den Stellenplan aber mit einer Ausnahme mit. Kritik wird an der Grundsteuererhöhung geübt, da der Verwaltungsaufwand für eine Anpassung 2x in zwei Jahren anfällt. Er spricht von einer Erpressung des Landes. Dank des Einsatzes von H.P. Rottmann konnten über 10 Mio. € zum Ausgleich des Haushalts verändert werden. Die CDU stimmt zu.

Haushaltsrede Bündnis 90/Die Grünen – Hannah Heller

Auch Frau Heller beklagt den immer neuen Krisenmodus als Wort des Jahres. Sie erkennt kognitive Dissonanzen, großen Entscheidungen in den Bereichen Wohnen, Verkehr und Finanzen steht eine zumeist eher verhaltene Umsetzung gegenüber.

Man gründet ein Bündnis für bezahlbaren Wohnraum, allerdings besteht 5-6 Jahre danach immer noch keine Klarheit darüber, wie eine private Bauinitiative ihr Projekt umsetzen kann. Mittlerweile sind Mietpreise von 12 bis 15 €/m² Kaltmiete keine Seltenheit. Der notwendigen Netto-Null-Versiegelung von Flächen stehen Projekte wie St. Otto oder Waldstraße gegenüber. Die Realität widerspricht der Beschlussfassung.

Es wurde mehrfach mehrheitlich beschlossen, den PKW-Verkehr zugunsten anderer Verkehrsmittel zurückzudrängen, zuletzt mit dem Klimapakt des Landes. Die Realität sind Emissionen auf einem neuen Höchststand, bei den Schadstoffwerten findet man Speyer auf den hinteren Plätzen. Die Bemühungen zur Reduzierung von Verkehrslärm durch Bürgerinitiativen werden nicht aufgegriffen oder wegen 32 Fahrradstellplätzen gegenüber 800 Parkplätzen im Kämmerer finden Auseinandersetzungen statt.

Auf dem Finanzsektor gibt es eine Vielzahl von gewünschten Anforderungen an die Stadt. Die Realität ist jedes Jahr ein zähes Ringen um den Ausgleich des Haushalts. Kritisiert wird die nichtauskömmliche Aufgabenfinanzierung durch Bund und Land. Da eine Auflösung dieser Widersprüche in kleinen Schritten zu erkennen ist, stimmen die Grünen dem Haushalt zu. Allerdings ist eine Verbesserung der Kommunikation gegenüber Bürgerinnen und Bürger in der Umsetzung von Maßnahmen notwendig. Abgelehnt werden der Flugplatzbetrieb und der Forstwirtschaftsplan, verbunden mit der Erwartung eines neuen Waldkonzepts und einer neuen Diskussion um den Verkehrslandeplatz im kommenden Jahr, um dem Haushalt in seiner Gesamtheit zustimmen zu können.

Zuletzt zeigt sich Frau Heller besorgt um den Zustand der Demokratie. Trotz eines erhöhten Schutzbedürfnisses wählen immer mehr Menschen die AfD, die in dunkle Zeiten zurückführen will. Sie beendet die Haushaltsrede mit einem Zitat von Margot Friedländer.

Haushaltsrede der SWG-Stadtratsfraktion – Dr. Sarah Mang-Schäfer

Frau Dr. Mang-Schäfer dankt der Verwaltung zunächst für eine ganze Reihe von abgeschlossenen Projekten. Kritik wird an der Kommunikationspolitik beim ÖPNV und der Gestaltung der Webseite geübt. Die SWG wartet auf die Umsetzung einer Reihe von Beschlüssen oder oft ganz kleiner, zugesagter Maßnahmen wie zum Beispiel der Anbringung eines Grünen Rechtsabbiegerpfeils, insbesondere für Radfahrer, etwa an der Einmündung Ziegelofenweg/Franz-Kirrmeier-Straße.

Die SWG **beantragt** die Prüfung von Alternativen zu Lichtzeichenanlagen an wichtigen Kreuzungen. Das Beispiel Speyerer Ei am Sankt-Guido-Stifts-Platz zeigt deutlich, dass es auch anders geht; wenn möglich, sollte man den digitalen Zwilling dazu nutzen.

Die SWG **beantragt** einen Bericht über die Nutzung der ehemaligen Hausmeister-Wohnungen an den Doppelgymnasien. Dieser kann gerne auch schriftlich erfolgen.

Außerdem fordert sie eine bessere Kinderbetreuung an Kindertagesstätten, die man z.B. durch Dienstwohnungen für Erzieherinnen und Erzieher attraktiver gestalten könnte, z.B. in ehemaligen Schulhausmeisterwohnungen.

Kritisiert wird die teilweise unzulängliche Information der Gremien über Veränderungen bei den Bauplanungen.

Ein besonderes Anliegen ist die Stärkung der Freiwilligen Feuerwehr. Im Haushalt des Landes sind deutlich mehr Mittel für das Ehrenamt vorgesehen, man muss diese auch nutzen.

Die SWG stellt den **Antrag**, eine zusätzliche Rente nach dem Tuttlinger Modell für ehrenamtliche Feuerwehrleute zu prüfen.

Die SWG stellt weiterhin den **Antrag**, im Stellenplan 2024 die zusätzliche Stelle für Einbürgerungen in eine Stelle zur Digitalisierung im gleichen Bereich umzuwandeln.

Man sollte nicht nur Großprojekte mit Mitteln ausstatten, sondern auch kleine Maßnahmen. Für den Verkehrsversuch Gilgenstraße wurden bisher 100.000 € ausgegeben, ohne eine konkrete Erwartung des Erfolges zu haben. Für die Fahrrad-App hingegen, die sofort Mehrwert bringt und über Fördermittel finanziert werden könnte, wird kein Geld zur Verfügung gestellt.

Für das Welterbestätten-Besucherzentrum sind für Schulungsräume 250.000 € im Haushalt vorgesehen, aber auch Bildungsräume für Städtepartnerschaften, besteht hier doppelter Bedarf? Hinterfragt werden auch GEZ-Gebühren und Ausgaben für Druckerzeugnisse wie Flyer. Die Stadtbibliothek bietet bereits eine Spielebox an, die von anderen Fraktionen hier beantragt wurde, weil die Verwaltung zu wenig darüber informiert.

Eine Aufwertung der Wirtschaftsförderung durch ein eigenes Budget, die zügige Umsetzung von Ratsbeschlüssen und Konzepten sowie eine verträgliche Förderung des Radverkehrs und eine

sinnvolle Verknüpfung von ÖPNV und Individualverkehr für Bewohner und Handel sind weitere Themen.

Haushaltsrede der AfD-Stadtratsfraktion – Benjamin Haupt

Herr Haupt sieht die Schuld an den aktuellen militärischen Konflikten bei der SPD, die diese mit ihrer einseitigen Politik fördert; auch die Grünen sind schon lange nicht mehr die Friedenspartei.

Den Menschen ist es nicht gegönnt, zur Ruhe zu kommen – möglicherweise von den regierenden Parteien so gewollt. Seit Jahren erfolgen deutsche Waffenlieferungen in die ganze Welt. Hinzu kommt eine Ökodiktatur. Gewinner sind die Konzerne des Internationalismus.

Linke, Grüne und SPD stehen für eine Destabilisierung der Nationen, während die FDP nur als opportunistisches Anhängsel fungiert. Immerhin erkennt die CDU inzwischen die Fehler ihrer Anbiederung an links-grün. AfD wirkt!

Er hält als Gründungsmitglied der AfD in Speyer heute seine letzte Haushaltsrede und kritisiert Genderfahnen sowie einseitige, unreflektierte Unterstützung von Israel und der Ukraine durch die Stadt. Aber die Berichterstattungen bringen die Schweinereien in beiden Ländern Schritt für Schritt ans Licht. Eine verstärkte Bevormundung und Enteignung nimmt zu, ebenso die Fremdbestimmung, wie der Garten zu gestalten ist, wie das Dach zu decken ist, wer und wie viele Leute im Haus wohnen dürfen. Es handelt sich dabei um einen Ökosozialismus, der sich immer weiter in das private Leben der Menschen drängt.

Er verweist auf den Monitor der BA für Arbeit vom Juni 2023, was den überwiegenden Anteil von Ausländern am Bürgergeld angeht, während die deutschen Rentner aus der Mülltonne leben.

Brandschutzmaßnahmen an Schulen wurden erst auf Antrag der AfD umgesetzt. Gegeißelt werden fragwürdige Kindesentziehungen durch die Kommune. Die ideologische Verkehrsverhinderungspolitik durch die Grünen schadet dem Wirtschaftsstandort Speyer. Man sei gespannt auf die Beantwortung der Anfrage zum Bürgergeld. Diese Ideologisierung müsse verhindert werden. Er fordert die Wählerinnen und Wähler auf, gegen den weiteren unkontrollierten Zuzug durch vermeintliche Flüchtlinge zu stimmen und wünscht allen eine christliche Weihnacht.

Haushaltsrede der FDP-Stadtratsfraktion – Mike Oehlmann

Herr Oehlmann hält nunmehr zum 7. Mal seine Haushaltsrede als FDP-Stadtrat und jedes Mal gibt es neue Herausforderungen für den städtischen Haushalt, mit einer Vielzahl von Maßnahmen und Erfordernissen, die das Zusammenleben in der Stadt betreffen.

Wesentlicher Unterschied dieses Jahr ist, dass der Haushalt ausgeglichen verabschiedet werden muss.

Die Herausforderungen werden nicht geringer, auch dieser Haushalt enthält wieder Ansätze, die von einer Ratsmehrheit getragen wurden und die Bürgerinnen und Bürger auf Jahrzehnte belasten. Insbesondere die von der OB persönlich vorangepeitschte Umgestaltung des Postplatzes, verbunden mit einer kilometerlangen unumkehrbaren Übernahme von Landesstraßen in die städtische Straßenbaulast wird kritisiert. Die CDU rudert zwar kräftig zurück, ist aber maßgeblich an der Entwicklung schuld.

Gebraucht wird eine funktionierende Fahrradstruktur und keine Fahrradstraßen, die den Namen nicht verdienen. Man sollte die Verkehrsarten nicht gegeneinander ausspielen, sondern bestmöglich kombinieren. Die Novelle des Verkehrsgesetzes wurde leider vom Bundesrat zunächst auf Eis gelegt. Er begrüßt die ÖPNV-Neugestaltung und betont, Mobilitätsstationen und Fahrradparkhäusern die Priorität voranzutreiben. Nachdem das AST auch in der zweiten Ausschreibung gescheitert ist, besteht nächstes Jahr vielleicht doch die Chance auf mobility-on-demand, wie von der FDP gefordert.

Die FDP wird sich weiterhin für einen Erhalt der Parkplätze auf dem Königsplatz einsetzen und lehnt eine Sperrung der Gilgenstraße für den gegenläufigen Verkehr ab. Das Freiflächenentwicklungskonzept wird zunehmende Bedeutung erhalten. Neben der Schaffung von günstigem Wohnraum im Norden muss auch Raum für Gewerbeansiedlungen geschaffen werden. Die Ansätze für den Flächenerwerb steigen unablässig; dabei müssen Mittel für das Pionierquartier und das Polygongelände auch für diese verwendet werden und dürfen nicht umgewidmet werden.

Er fordert die Prüfung der Aktivierung weiterer Flächen für Wohn- und Gewerbebebauung, dabei sollen auch bisher landwirtschaftliche Flächen einbezogen werden. Eine massive Nachverdichtung wird nicht unterstützt. Die Vorlage zum Normand-Gelände wird begrüßt. Flächen sind auch für eine funktionierende Wirtschaftsförderung nötig, ebenso geeignetes Personal. Dabei hatte die Stadt bisher kein glückliches Händchen. Firmenbegehungen sind zwar löblich, aber nicht ausreichend. Er sieht die Stadt in der Pflicht, die Gewerbetreibenden nach Kräften zu unterstützen.

Die FDP stellt den **Antrag**, eine weitere Vollzeitstelle für die Wirtschaftsförderung im Stellenplan 2024 aufnehmen, um dies zu verdeutlichen.

Die Kosten der sozialen Sicherung steigen kontinuierlich an. Er empfiehlt, sich davon zu verabschieden, dass sich an der Unterfinanzierung irgendwann etwas ändern wird. Dafür sei es wichtiger, sich wirtschaftlich weiter stärker aufzustellen.

Daneben wird die Vorlage einer Zusammenstellung von offenen Ratsbeschlüssen und eine Sondersitzung darüber gefordert, welche dieser Beschlüsse noch zeitgerecht sind, um die Verwaltung zu entlasten. Notwendig ist auch der Sporthallenbau, allerdings stößt die städtische Gebäudewirtschaft offensichtlich an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Hier wird eine Prüfung und Zusammenstellung von Synergien und Optimierungsmöglichkeiten diesbezüglich **bis zum nächsten Sommer beantragt**.

Liquiditätskredite sieht er nach wie vor kritisch. Erfreulich hingegen sei die Steigerung der Eigenkapitalquote. Das Gewerbesteueraufkommen ist nach wie vor das Rückgrat des städtischen Haushalts, deshalb gebührt der Dank an die Gewerbetreibenden.

Die FDP lehnt die freiwillige Übernahme des fließenden Verkehrs als Pflichtaufgabe des Landes ab. Trotz teilweiser falscher Weichenstellungen wird sie dem Haushalt 2024 aber zustimmen.

Haushaltsrede der Stadtratsfraktion Die Linke – Aurel Popescu

Herr Popescu zitiert eingangs aus dem Lied „Schuld“ der Band Die Ärzte und beginnt mit einem Rückblick auf die zurückliegenden Jahre einer alles andere als gewöhnlichen Wahlperiode. Klimawandel, Krieg, Flucht, Energiekrise, Inflation, Pandemie und Ängste werden uns auch die kommenden Jahre beschäftigen.

Der Klimawandel hat Speyer längst erreicht und ihn zu leugnen ist Geschwafel. Die Zeit der Zweifel und der Debatten ist vorbei, es ist an der Zeit zu handeln. Allerdings lassen die Umgestaltung des Sankt-Guido-Stifts-Platz, das Bauvorhaben St. Otto, die Begrünung der Garage am Fischmarkt oder die Ablehnung einer Entsiegelung des Königsplatzes am Willen zweifeln; beklagt werden fehlende persönliche Einsichten. Der ÖPNV muss immer kostenlos sein, nicht nur an Adventswochenenden, und der Erlebnisraum Innenstadt existiert höchstens noch am Tag und vor allem für Touristen. Das Speyerer Nachtleben befindet sich im Winterschlaf.

Gebraucht wird bezahlbarer Wohnraum für die Menschen, die in dieser Stadt auch arbeiten. Deshalb muss man die Zweckentfremdungssatzung strenger anwenden, wobei die Bemühungen der Verwaltung begrüßt werden. Auch die Rekommunalisierung von Immobilien als Abkehr der Politik früherer Oberbürgermeister wird begrüßt. Dass Speyer mehr kann als Container, ist damit bewiesen,

und deren BI wird beweisen müssen, dass sie es ernst meint mit der menschenwürdigen Unterbringung. Die Hauptursache für Flucht ist nach wie vor der Krieg in der Welt.

Die Linke fordert die Prüfung eines Jugendcafés auf dem Normand-Gelände und dankt für die Spielfläche in der Cité de France.

Die ADD wird beim Haushalt der Stadt wieder genau hinschauen. Sparen kann aber nicht das Allheilmittel sein. Dann habe man zwar keine Schulden mehr, dafür aber marode Schulen, Sporthallen und trostlose Spielplätze. Er unterstreicht, dass die Anträge der Linken der Stadt Einnahmen bringen, z.B. die Zweckentfremdungssatzung oder die Zweitwohnungssteuer.

Die Linke wird dem Haushalt 2024 mit Ausnahmen (Schipka-Pass, Mehrkosten KiTa Kastanienweg, Flugplatz, S-Bahn-Halt an der Stelle, Sanierung Faschisten-Denkmal auf dem Friedhof) zustimmen.

Die Wählerinnen und Wähler werden aufgerufen, bei der Wahl 2024 genau zu überlegen, welche politischen Gruppierungen sich in den vergangenen Jahren für die Stadt eingesetzt, in der Kommunalen Arbeit eingebracht und in Krisen zusammengehalten haben - und wer nicht.

Haushaltsrede der Stadtratsfraktion Unabhängig für Speyer! – Rosemarie Keller-Mehlem

Frau Keller-Mehlem zitiert Vergil, wonach Gesundheit das größte Gut sei.

Dementsprechend beschäftigt sich ihre Haushaltsrede mit der gesunden Stadt, die ein alle Lebensbereiche umfassendes Konzept benötigt. Dazu gehören u.a. Bildung, Infrastruktur, saubere Umwelt, gesunder Wald, nachhaltige Stadtentwicklung, bezahlbarer Wohnraum – alles Faktoren für eine resiliente Stadt.

Trotz komplexer Problemstellungen kann zum dritten Mal in Folge ein ausgeglichener Haushalt mit einem Investitionsvolumen von 36 Mio. € im kommenden Jahr vorgelegt werden.

Mit Blick auf die Kinderrechte sind alle notwendigen Prozesse auf die zukünftigen Generationen auszurichten. Dazu gehören gesundes Essen in KiTas und Schulen sowie sportliche und körperliche Angebote für jung und alt.

Weitere Themen sind die Förderung der Sportvereine, der Erhalt der Gemeindeschwestern plus und die Realisierung des neuen Frauenhauses. Außerdem werden das Onlinezugangsgesetz, die KiTa-App, die Obdachlosenlaufstelle, öffentliche Toilettenanlagen, Naturschutz, Senioren, Singlehaushalte, der Stadtwald und die Hitzeentwicklung in den letzten Jahren thematisiert. Notwendig ist ein Hitzeaktionsplan. Die UfS steht für eine behutsame, nachhaltige Erweiterung von Wohnraum und erteilt großflächiger Versiegelung eine Absage.

Sie stimmt dem Haushalt zu, wünscht sich aber, den Forstwirtschaftsplan künftig transparenter zu gestalten

Politik lebt vom Mitmachen, aktiver Beteiligung und Bürgerschaftlichem Engagement. Auch neue Formate der Bürgerbeteiligung werden gut angenommen. Die UfS warnt vor einem Wiedererstarken von rechten Kräften, auch in Speyer, mit unverhohlenem Rassismus und Antisemitismus.

Haushaltsrede der Freien Wähler – Claus Ableiter

Herr Ableiter will die teilweise apokalyptischen Anklänge in den Haushaltsreden, vor allem bei der AfD, etwas relativieren. In weniger als einem Menschenleben war ein Bevölkerungswachstum von 3 auf 8 Mrd. Menschen mit den entsprechenden Auswirkungen auf Umwelt und Lebensbedingungen zu beobachten. Deutschland macht gerade mal noch 1 % der Weltbevölkerung aus. Diesen Anteil gilt es mit Augenmaß, aber ohne Panikmache zu verwalten.

Gleichzeitig war in dieser Zeit ein Aufwuchs des Haushalts seit Beginn seines politischen Engagements von 100 Mio. auf nunmehr 216 Mio. € festzustellen. Es sei eine großartige Sache, dass der Ergebnishaushalt sogar einen Überschuss ausweise. Wenn man als Rat Ausgaben beschließt, müsse man diese den Bürgerinnen und Bürgern auch abverlangen. Das oft bemühte Deficit-Spending sei auf Dauer völliger Quatsch. Mit dem Investitionsanteil ist er nicht so einverstanden. 26 Mio. € Schuldenaufnahme sind zu viel, obwohl sie durch den Ankauf des Polygongeländes relativiert werden. Er lobt im Übrigen die Sanierung von Schulen und KiTas, den Neubau der Feuerwache Nord als Riesenfortschritt, ebenso den Neubau von Rettungswache und Frauenhaus.

Sein Dank geht an die Gewerbetreibenden, die ohne große Unterstützung durch die städtische Wirtschaftsförderung, zu diesem Zuwachs an Gewerbesteuern beitragen. Er kann nämlich keine großen Sparanstrengungen durch die Stadt erkennen.

Gefordert wird die Schaffung von Wohnraum, den sich mittlere und kleine Einkommen leisten können. Alle noch vorhandenen städtischen Flächen sollten ausschließlich an die GEWO und die GBS vergeben werden. Die Aktivierung von Ackerflächen, wie von der FDP gefordert, ist für die Freien Wähler ein No-Go. Auch die Kaserne sollte den Baugesellschaften oder jungen Familien vorbehalten bleiben.

Daneben steht die Forderung nach einem Ausbau der erneuerbaren Energien. Es sei eine Schande für diesen Stadtrat, über den Ensembleschutz der Innenstadt mittels Altstadtsatzung und einem Verbot von PV-Anlagen dort den Aufbau zu verhindern. Er fordert, diesen bisherigen Blockierungsbeschluss schnellstmöglich aufzuheben. Außerdem sieht er verheerende Auswirkungen des übermäßigen Holzeinschlags im Stadtwald. Es sollten mind. 2.000 Bäume im ganzen Stadtgebiet gepflanzt werden; nicht nur Bäumchen, sondern richtige Bäume.

Der kulturschaffende Bereich sei anders als in Großstädten. Es müssen Auftrittsmöglichkeiten geschaffen und in der Stadthalle die notwendige Technik vorgehalten werden. Auch das Haus der Vereine sei ein typisches Beispiel für den Umgang der Stadtverwaltung mit Vereinen und Kultur, genauso die Heiliggeistkirche.

Dem schließen sich Ausführungen zu unkontrollierter und kontrollierter Einwanderung an sowie die deutliche Abgrenzung zur AfD in dieser Frage.

Die Freien Wähler sind der Auffassung, dass die Sicherheitskonzepte für Freiluftveranstaltungen durch die Stadt für die jeweiligen Orte zu erstellen sind, nicht durch den Verein, der diesen Ort nutzt. Dazu gehört auch, das notwendige Sicherheitsequipment anzuschaffen, das dann zur Verfügung gestellt wird, ohne hohe Rechnungen zu stellen.

Weiterhin ist Barrierefreiheit für Senioren notwendig und der Umbau des Stiftungskrankenhauses in altengerechtes Wohnen; dafür werden dann wieder größere Wohnungen der Senioren für junge Familien freigegeben.

Kritisiert wird, dass das Jugendcafé in Speyer Nord seit Jahren geschlossen ist. Jeder Stadtteil sollte ein eigenes Jugendcafé haben. Das geplante Café Speyer Süd ist viel zu weit am Stadtrand. Kritik wird auch an der Linienführung der Busse aus Speyer-Nord geübt, die der Ideologie der Shuttlebusse über die Maximilianstraße geopfert wurde. Er warnt vor dem selbst verursachten, vorsätzlichen Verkehrsinfarkt durch die Sperrungspläne der Gilgenstraße. Die Straßen in den alten Stadtteilen dienen nicht nur dem fließenden, sondern auch dem ruhenden Verkehr und werden von den

Anwohnern als Parkplatz gebraucht. Zudem wurde S-Bahn-Halt Süd von der OB abgesetzt und wird seitdem mutwillig verzögert. Im Bereich Verkehr sieht er die Stadt auf einem schlechten Weg. Daher gibt es durch die Freien Wähler keine Zustimmung zum Haushalt.

Haushaltsrede der Wählergruppe Schneider – Matthias Schneider

Herr Schneider befasst sich mit der Massenzuwanderung als Hauptthema. Die große Zahl an Menschen ist das Hauptproblem. Mehr als jeder 2. Bürgergeld-Bezieher hat heute bereits keinen deutschen Pass. Diese „Herrschaft des Unrechts“ wurde 2015 installiert und hält bis heute an. Die Stadt Speyer erklärt sich zum „Sicheren Hafen“ propagiert durch das linke Aktivistennetzwerk „Seebrücke“, das den Schleusern die Überfahrt über das Mittelmeer organisiert.

Kritik wurde bisher mit dem Argument abgewiegelt, Deutschland könne sich das leisten; das war schon 2015 falsch. Inzwischen ist eine zunehmende Verarmung zu beobachten, die sich im Bau einer zusätzlichen Obdachlosenunterkunft oder einer Verdreifachung der Anträge auf Wohngeld zeigt.

Der Anteil von Migrantinnen im Frauenhaus ist auf 67 % gestiegen, bedingt durch ein fragwürdiges Frauenbild bestimmter Kulturkreise. Er verweist auf die Gewaltkriminalität z.B. an Bahnhöfen, insbesondere dort, wo sich muslimisch geprägte Parallelgesellschaften etabliert haben. Schweden als ehemaliges Beispiel des Liberalismus erlebt eine derartige Welle der Gewalt durch Bandenkriminalität, dass sogar über den Einsatz des Militärs diskutiert wird.

Die veränderte Sicherheitslage ist unübersehbar, seien es die massiven Sicherheitsmaßnahmen für Veranstaltungen oder für den Weihnachtsmarkt, wie es sie vor 2016 nicht gab. Während der BI zum Asylantenwohnheim im Oberkämmerer Stigmatisierung und diffuse Ängste vorgeworfen werden, stellen CDU und SPD Anträge zur Erforschung von Dunklräumen als potenzielle Angst-Räume oder zum Schutz von Frauen und Mädchen durch einen besonderen Nacht-Taxiservice – aus diffusen Ängsten?

Sehr kritisch setzt er sich auch mit der ideologischen CO₂-Diskussion um den sogenannten Klimakollaps auseinander. Die tatsächlichen Auswirkungen von CO₂ werden in Zweifel gezogen. Außerdem tragen die Autofahrer einen Löwenanteil der Kosten, die für den Verkehr insgesamt aufgebracht werden.

Scharf kritisiert werden auch Änderungen der Tagesordnung im Stadtrat oder die Nutzungseinschränkungen für städtische Räume, um unliebsame politische Stimmen mundtot zu machen; dies sei totalitären Systemen nachempfunden.

Als Folge dieses Kontrollwahns kommt es im Haushalt zu einer zunehmenden Aufblähung des Personalapparates. Da immerhin Bemühungen zur Eindämmung der Ausgaben erkennbar sind, stimmt die Wählergruppe Schneider dem Haushalt zu.

Haushaltsrede fraktionsloses Ratsmitglied Volker Ziesling

Herr Ziesling outet sich als Kind von Migranten, die inzwischen im Pflegeheim leben und dort von Pflegekräften aus Asien und Afrika gepflegt werden, weil Deutsche die schwere Tätigkeit nicht machen wollen.

Anknüpfend an seinen Vorredner erklärt er, dass Naturgesetze nicht verhandelbar sind und auch für diejenigen gelten, die sie leugnen. Der Waldboden wurde gerade zum besonders schutzwürdigen Gut gekürt.

Sein besonderer Dank gilt der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die auch in der Zukunft gebraucht wird. Solche Krisen werden nämlich nicht vom Markt geregelt. Die Klimaszenarien des Umweltbundesamtes oder des DWD zeigen für Deutschland eine Temperatursteigerung zwischen 3,7

und 4,3 Grad, besonders betroffen ist die Oberrhein-Schiene, verbunden mit einem weltweiten, sich beschleunigenden Artensterben.

Es werden immer neue Zerschneidungslinien in der Landschaft geplant, sei es durch den Ausbau der A 61 oder die Schwerlasttrasse der DB. Der Mensch zerstört sukzessive die eigenen Lebensbedingungen. Als Feigenblatt werden Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt, obwohl man insgeheim weiß, dass der Zug ungebremst Richtung Abgrund rast.

Die entscheidende Frage ist: „Wieviel ist genug?“ und die Auswirkungen auf die Energiebilanz. Diese Frage betrifft auch den Transport und den weltweiten Handel von Gütern. Die geplante Bahntrasse hat eine finanzielle Größenordnung wie Stuttgart 21. Der ökologische Fußabdruck übertrifft alles in der Region bisher Dagewesene. Dazu kommt der Baulärm einer Bauzeit von mindestens 10 Jahren.

Kritik auch am Verkehrslandeplatz Speyer und den zunehmenden Flügen durch private Jets, welche die rücksichtsloseste Form von Treibhausgas-Ausstoß seien. Dem sollte sich der Stadtrat entschieden entgegenstellen. Alle Entscheidungen müssen der Klimarelevanz und sozialen Aspekten unterworfen werden.

Umfassend setzt er sich auch mit dem Stadtwald und der seiner Meinung nach unzureichend naturnahen Waldbewirtschaftung auseinander. Er warnt vor den Auswirkungen eines weiteren Raubbaues und kritisiert den Fortwirtschaftsplan als rechtswidrig.

Er gibt noch eine Stellungnahme zum Umgang der Dezernentin mit seiner Anfrage zum Fortwirtschaftsplan und zur persönlichen Meinungsfreiheit ab. Er werde Missstände auch weiterhin öffentlich machen.

Abschließend bittet er die Menschen um Unterlassen der unsinnigen Silvesterböllerei.

Er wird aus den dargelegten Gründen dem Haushalt in seiner Gesamtheit nicht zustimmen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mit 32 Stimmen mehrheitlich (bei 3 Gegenstimmen: Freie Wähler, WG Schneider, fraktionsloses Ratsmitglied Ziesling):

Dem Haushaltsplan 2024 wird in der von der Kämmerei zuletzt vorgelegten Fassung (Veränderungsliste zum 14.12.2023) zugestimmt.

Auf Antrag aus den Haushaltsreden werden folgende Ergänzungen beschlossen:

Stellenplan:

Auf Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion wird eine weitere Vollzeitstelle Sachbearbeitung im Bereich der Wirtschaftsförderung (Stabsstelle 020) im Stellenplan ausgewiesen.

Protokollnotizen:

Die SPD-Fraktion gibt zu Protokoll, dass sie – abweichend von der Zustimmung zum restlichen Entwurf – die Teile des Haushalts ablehnt, welche den Verkehrslandeplatz Speyer und den S-Bahn-Haltepunkt Speyer-Süd betreffen.

Die Fraktion Die Linke gibt zu Protokoll, dass sie – abweichend von der Zustimmung zum restlichen Entwurf – die Teile des Haushalts ablehnt, welche den Verkehrslandeplatz Speyer betreffen. Weiterhin werden die Kosten für die Sanierung des Viadukts am alten Güterbahnhof („Schipka-Pass“), die Mehrkosten für den Neubau der KiTa am Kastanienweg, die Ansätze für den S-Bahn-Haltepunkt Speyer-Süd (nur für den geplanten Standort) sowie die Sanierung des Separatisten-Grabmals auf dem Friedhof abgelehnt.

Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen gibt zu Protokoll, dass sie – abweichend von der Zustimmung zum restlichen Entwurf – den Forstwirtschaftsplan 2024 sowie die Teile des Haushalts ablehnt, welche den Verkehrslandeplatz Speyer betreffen.

Gegenstand: Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplans
Vorlage: 1736/2023

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Frau Dr. Mang-Schäfer fordert eine Prüfung zur Stärkung des Ehrenamtes zeitnah mit dem Feuerwehrbedarfsplan. Die Vorsitzende verweist auf einen bereits vorhandenen Prüfantrag der SPD, noch nicht abschließend bearbeitet, weil mit einer Vielzahl von Akteuren verhandelt werden muss.

Herr Ableiter unterstreicht die Wichtigkeit dieses Feuerwehrbedarfsplanes auch für die Ertüchtigung der Hauptwache.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Haupt- und Stiftungsausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig die Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplans entsprechend der Verwaltungsvorlage.

Gegenstand: Prüfung des Jahresabschlusses 2022 der Stadt Speyer
1. Feststellung des Jahresabschlusses
2. Entlastung der Oberbürgermeisterin, der Bürgermeisterin und der Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2022
Vorlage: 1713/2023

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigefügt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Sitzungsleitung führt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Maria Franz (SWG) als ältestes Ratsmitglied.

Sie bittet den neuen Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses, Herrn Brandenburger, um den Bericht des Prüfungsausschusses. Dieser führt aus, dass sich der Ausschuss in seiner Sitzung am 20.11.2023 mit den Abschlüssen der Stadt und den rechtsfähigen Stiftungen befasst hat. Anders als in vielen anderen Kommunen konnte die Stadt ihre Abschlüsse jahresaktuell dem Stadtrat vorlegen. Als Ergebnis der Beratungen empfiehlt der Rechnungsprüfungsausschuss die Verabschiedung der Jahresabschlüsse und die Entlastung des Stadtvorstandes.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses trifft der Stadtrat folgende Beschlussfassungen zum Jahresabschluss 2022 der Stadt Speyer (§ 114 Abs. 1 GemO):

1. Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2022

Der geprüfte Jahresabschluss 2022 mit allen Bestandteilen und Anlagen wird mit folgenden Abschlussergebnissen einstimmig festgestellt:

Jahresüberschuss der Ergebnisrechnung: 9.867.139,31 €
Finanzmittelüberschuss der Finanzrechnung: 10.689.019,40 €

Schlussbilanz:

AKTIVA			PASSIVA		
	31.12.2021	31.12.2022		31.12.2021	31.12.2022
	€			€	
1. Anlagevermögen	379.865.419,97	380.370.589,02	1. Eigenkapital	84.735.519,04	94.598.223,20
2. Umlaufvermögen	36.546.515,14	39.378.980,38	2. Sonderposten	105.942.966,39	103.459.763,69
3. Ausgleichsposten für latente Steuern	0,00	0,00	3. Rückstellungen	59.461.460,36	61.871.065,69
4. Rechnungsabgrenzungsposten	1.444.854,53	1.777.561,05	4. Verbindlichkeiten	167.486.896,49	161.387.653,25
5. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00	5. Rechnungsabgrenzungsposten	229.947,36	210.424,62
Summe Aktiva	417.856.789,64	421.527.130,45	Summe Passiva	417.856.789,64	421.527.130,45

2. Entlastung der Oberbürgermeisterin, der Bürgermeisterin und der Beigeordneten

Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung 2022 der Stadt Speyer wird

- der Oberbürgermeisterin, Frau Stefanie Seiler,
- der Bürgermeisterin, Frau Monika Kabs,
- der Beigeordneten, Frau Irmgard Münch-Weinmann, sowie
- der Beigeordneten, Frau Sandra Selg,

Entlastung erteilt (bei 1 Gegenstimme: AfD).

Frau Seiler, Frau Kabs, Frau Münch-Weinmann und Frau Selg haben an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

Gegenstand: Prüfung des Jahresabschlusses 2022 der Bürgerhospitalstiftung

- 1. Feststellung des Jahresabschlusses**
- 2. Entlastung des Stiftungsvorstandes**

Vorlage: 1719/2023

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Sitzungsleitung führt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Maria Franz (SWG) als ältestes Ratsmitglied.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses beschließt der Stadtrat gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 3 der Stiftungssatzung und § 114 Abs. 1 GemO einstimmig folgende Beschlussfassungen zum Jahresabschluss 2022 der Bürgerhospitalstiftung:

1. Feststellung des Jahresabschlusses

Der geprüfte Jahresabschluss der Bürgerhospitalstiftung zum 31.12.2022 mit seinen Bestandteilen und Anlagen wird mit folgenden Abschlussergebnissen festgestellt:

Jahresüberschuss der Ergebnisrechnung: 128.153,11 €

Finanzmittelüberschuss der Finanzrechnung: 607.330,14 €

Bilanz:

	AKTIVA		PASSIVA		
	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2022	
	€		€		
Anlagevermögen	32.388.663,19	31.531.403,47	Eigenkapital	31.646.705,85	31.774.858,96
Umlaufvermögen	4.700.991,79	5.309.449,27	Sonderposten	2.541.984,80	2.311.968,80
Ausgleichsposten für latente Steuern	0,00	0,00	Rückstellungen	0,00	0,00
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	Verbindlichkeiten	2.900.964,33	2.739.568,71
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00	Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	14.456,27
Summe Aktiva	37.089.654,98	36.840.852,74	Summe Passiva	37.089.654,98	36.840.852,74

2. Entlastung des Stiftungsvorstandes

Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Bürgerhospitalstiftung im Haushaltsjahr 2022 wird dem Stiftungsvorstand mit

- Frau Oberbürgermeisterin Stefanie Seiler,
- Frau Bürgermeisterin Monika Kabs,
- Frau Silke Schmitt-Makdice, ehem. Leiterin Abteilung Finanzen, Controlling und strategische Steuerung (bis 30.06.2022) sowie
- Frau Bianka Lübge, Leiterin Abteilung Finanzen, Controlling und strategische Steuerung (ab 01.07.2022)

Entlastung erteilt.

Frau Seiler und Frau Kabs haben an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

Gegenstand: Prüfung des Jahresabschlusses 2022 der Waisenhausstiftung

- 1. Feststellung des Jahresabschlusses**
- 2. Entlastung des Stiftungsvorstandes**

Vorlage: 1714/2023

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Sitzungsleitung führt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Maria Franz (SWG) als ältestes Ratsmitglied.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses beschließt der Stadtrat gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 3 der Stiftungssatzung und § 114 Abs. 1 GemO einstimmig folgende Beschlussfassungen zum Jahresabschluss 2022 der Waisenhausstiftung (bei 1 Enthaltung: AfD):

1. Feststellung des Jahresabschlusses

Der geprüfte Jahresabschluss der Waisenhausstiftung zum 31.12.2022 mit seinen Bestandteilen und Anlagen wird mit folgenden Abschlussergebnissen festgestellt:

Jahresüberschuss der Ergebnisrechnung: 44.576,47 €

Finanzmittelfehlbetrag der Finanzrechnung: -23.431,48 €

Bilanz:

	AKTIVA		PASSIVA		
	31.12.2021	31.12.2022		31.12.2021	31.12.2022
	€			€	
Anlagevermögen	12.026.054,68	12.057.825,76	Eigenkapital	15.261.241,09	15.305.817,56
Umlaufvermögen	3.343.470,60	3.319.900,01	Sonderposten	0,00	0,00
Ausgleichsposten für latente Steuern	0,00	0,00	Rückstellungen	0,00	0,00
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	Verbindlichkeiten	108.284,19	71.908,21
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00	Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Summe Aktiva	15.369.525,28	15.377.725,77	Summe Passiva	15.369.525,28	15.377.725,77

2. Entlastung des Stiftungsvorstandes

Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Waisenhausstiftung im Haushaltsjahr 2022 wird dem Stiftungsvorstand mit

- Frau Oberbürgermeisterin Stefanie Seiler,
- Frau Bürgermeisterin Monika Kabs sowie
- Frau Silke Schmitt-Makdice, ehem. Leiterin Abteilung Finanzen, Controlling und strategische Steuerung (bis 30.06.2022)
- Frau Bianka Lübge, Leiterin Abteilung Finanzen, Controlling und strategische Steuerung (ab 01.07.2022)

Entlastung erteilt.

Frau Seiler und Frau Kabs haben nicht an der Beratung und Beschlussfassung teilgenommen.

Gegenstand: Städtebauliche Gebietsentwicklung ‚Normand‘
Hier: Vorzugsvariante 4
Vorlage: 1740/2023

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende verweist auf die intensiven Beratungen im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion und Ausschuss für Stadtklima, Umwelt und Nachhaltigkeit.

Herr Oehlmann fragt nochmals wegen der Tiefgarage nach, die laut Verwaltung schon im Plan eingearbeitet ist.

Frau Keller-Mehlem möchte hinsichtlich der Frischluftschneisen wissen, wann es dazu Zahlen gibt und ob das evtl. im digitalen Zwilling visualisiert wird. Diese werden laut Verwaltung noch vor dem städtebaulichen Wettbewerb eingeholt

Frau Dr. Montero Muth zeigt sich sehr kritisch und schockiert, dass man eine Öffentlichkeitsbeteiligung weiterführen will, wenn man nur veraltete stadtklimatische Bewertungen vorliegen hat.

Die Vorsitzende erläutert, dass in den vergangenen Dekaden leider so verfahren wurde. Die Vorlage heute ist ja noch kein Beschluss, dass und wie bebaut wird, sondern nur die Aufnahme einer weiteren Variante für die Bürgerbeteiligung. Parallel dazu wird die Bewertung eingeholt.

Nach Ansicht von Herrn Ableiter gibt es dort die höchste Konzentration von hohen Gebäude im Stadtgebiet. Insoweit teilt die Bedenken der Kollegin Montero Muth. Eine solche klimatische Bewertung ist zwingend erforderlich. Er stimmt der Vorlage heute zu, aber keinen weiteren Schritten, wenn diese nicht vorliegt.

Frau Dr. Mang-Schäfer freut sich über digitalen Zwilling und die Eröffnung der Öffentlichkeitsbeteiligung.

Beschluss:

Der Stadtrat gibt mehrheitlich die Entwurfsvariante 4 „Urbanes Biotop“ für die Öffentlichkeitsbeteiligung am 24.01.2024 frei (bei 1 Gegenstimme: Montero Muth – UfS, und einer Enthaltung: Ziesling – fraktionslos).

48. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.12.2023

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 8

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen

Anträge auf Umbesetzung von Ausschüssen liegen nicht vor.

48. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.12.2023

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO
Vorlage: 1754/2023

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

Gegenstand: Informationen der Verwaltung

Die Vorsitzende mahnt bei den Fraktionen nochmals die Meldung von Wahlhelferinnen und Wahlhelfern für die kombinierten Europa-, Bezirkstags- und Kommunalwahlen am 09.06.2024 an. Die Namen werden dringend für die Erstellung der Wahlvorstände benötigt. Eigentlich ist die Rückmeldefrist schon abgelaufen, bisher liegen aber erst wenige Listen vor.

Parallel dazu ruft die Vorsitzende die Zuschauerinnen und Zuschauer dazu auf, sich ebenfalls bei den Wahlen als Wahlhelfer/Wahlhelferin freiwillig zu engagieren. Anmeldungen an das Wahlamt, gerne auch per E-Mail unter der Adresse: wahlen@stadt-speyer.de

Außerdem dankt die Vorsitzende nochmals ganz besonders den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Offenen Kanals Speyer, die ehrenamtlich dafür sorgen, dass die Ratssitzungen live im OK-Fernsehen und über YouTube übertragen werden.

48. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.12.2023

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 11.1

Gegenstand: Finanzangelegenheiten

Der Stadtrat nimmt die Informationen zustimmend zur Kenntnis.

48. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.12.2023

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 11.2

Gegenstand: Finanzangelegenheiten

Der Stadtrat nimmt die Informationen zustimmend zur Kenntnis.

48. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.12.2023

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 12.1

Gegenstand: Wirtschaftsangelegenheiten

Auf Empfehlung des Werkausschusses der EBS beschließt der Stadtrat der Stadt Speyer einstimmig die Bestellung (bei 1 Enthaltung: AfD).

48. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.12.2023

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 13.1

Gegenstand: Wirtschaftsangelegenheiten

Der Stadtrat der Stadt Speyer stimmt der Vorlage einstimmig zu (bei 1 Enthaltung: Dr. Mang-Schäfer – SWG).

48. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.12.2023

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 14.1

Gegenstand: Personalangelegenheiten

Der Stadtrat stimmt der vom Personalausschuss empfohlenen Änderung zu.

48. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.12.2023

48. Sitzung des Stadtrates 14.12.2023 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!